

**Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Rates
am Dienstag, 04.07.2017, 19.00 – 20.20 Uhr**

Öffentliche Sitzung:

1. Fragestunde für Einwohner

Die anwesenden Einwohner stellten keine Fragen.

2. Umbesetzung des Bau- und Planungsausschusses

Der Rat der Stadt Monschau wählte **einstimmig** anstelle des bisherigen Mitglieds Oliver Hrabowski (sachkundiger Bürger) *Herrn Paul Sorge, Bruchstraße 1*, als Mitglied (sachkundiger Bürger) in den Bau- und Planungsausschuss. Die Vereidigung des Herrn Sorge erfolgt in der nächsten Sitzung des Bau- und Planungsausschusses.

3. Dorf-Innen-Entwicklungskonzept (DIEK) für Kalterherberg

Bürgermeisterin Ritter begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Kreuzinger-Janik, der gemeinsam mit Ortsvorsteher Rader das „DIEK“ moderiert habe. Für ihr Engagement und das vieler weiterer Kalterherberger Bürger dankte sie ausdrücklich.

Nach kurzen Wortbeiträgen der Stadtverordneten Kreitz und Mathar, die sich für diesen Grundsatzbeschluss aussprachen, beschloss der Rat **einstimmig** das Dorf-Innen-Entwicklungskonzept (DIEK) für Kalterherberg.

- 4. 1. Änderung des Bebauungsplanes Konzen Nr. 3 „Am Feuerbach“;**
hier: a) **Abwägung der Stellungnahmen aus Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden gem. §§ 3 II und 4 II BauGB**
b) **Satzungsbeschluss gemäß § 10 I BauGB**
c) **Aufhebung der Gestaltungssatzung für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Konzen Nr. 3**
-

Stadtverordneter Mathar stellte heraus, dass der Rat mit diesem Beschluss zeige, hinter dem Projekt zu stehen. Ortsvorsteher Steffens betonte ebenfalls die Wichtigkeit und bat um Zustimmung.

Der Rat beschloss sodann **einstimmig**:

- a) über die während der Offenlage gem. §§ 3 II und 4 II BauGB eingegangenen Stellungnahmen auf Grundlage des der Vorlage beigefügten Abwägungsvorschlages wie folgt:

A. Behörden und Träger öffentlicher Belange

- 1 **Bundesamt für Infrastruktuer, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr**
Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.
 - 2 **Westnetz GmbH**
Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen
 - 3 **LVR-Dezernat Gebäude- und Liegenschaftsmanagement, Umwelt, Energie, RBB**
Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.
 - 4 **Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen**
Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen. Der Forderung der Ergänzung von Hinweisen auf die Verkehrsimmissionen wird nicht gefolgt.
 - 5 **LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland**
Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen. Der Anregung, den vorhandenen Hinweis zu ergänzen, wird gefolgt.
 - 6 **Polizeipräsidium Aachen, Direktion Verkehr**
Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.
 - 7 **Bezirksregierung Köln-Dez. 54, Obere Wasserbehörde**
Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.
 - 8 **Geologischer Dienst NRW**
 - 8.1 Bodenschutz
Der Anregung, eine bodenfunktionsbezogene Kompensation durchzuführen, wird nicht gefolgt.
 - 8.2 Ingenieurgeologie/Bergbau
Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen. Der Anregung wird gefolgt.
 - 8.3 Mutterboden
Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen. Der Anregung wird gefolgt
 - 9 **regionetz GmbH**
Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.
 - 10 **IHK-Aachen**
Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.
 - 11 **Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen**
Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.
 - 12 **Städteregion Aachen**
 - 12.1 A 70 Umweltamt - Gewässerschutz
Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.
 - 12.2. A 70 Umweltamt - Bodenschutz und Altlasten
Die Bedenken hinsichtlich der Nähe zur benachbarten Kläranlage werden nicht geteilt.
 - 13 **Unitymedia NRW GmbH**
Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen
 - 14 **Wasserverband Eifel-Rur**
Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen
- B. Öffentlichkeit**
Es sind keine Stellungnahmen eingegangen.
- b) die 1. Änderung des Bebauungsplanes Konzen Nr. 3 „Am Feuerbach“ gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.
- c) die Gestaltungssatzung für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Konzen Nr. 3 aufzuheben.
5. **77. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Monschau "Aufhebung der Windkraftkonzentrationszone Höfen Brath",**
hier: a) **Abwägung der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden gem. §§ 3 I und 4 I BauGB**

- b) **Abwägung der Stellungnahmen aus der Offenlage gem. §§ 3 II und 4 II BauGB**
 c) **Feststellungsbeschluss zur 77. Änderung des Flächennutzungsplanes**

Einstimmig beschloss der Rat:

- a) über die während der frühzeitigen Beteiligung gem. §§ 3 I und 4 I BauGB eingegangenen Stellungnahmen auf Grundlage des der Vorlage beigefügten Abwägungsvorschlages wie folgt:

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange

2	Landschaftsverband Rheinland – Dezernat Finanz- und Immobilienmanagement
2.1.b	<i>Der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen</i>
3	Polizeipräsidium Aachen – Direktion Verkehr
3.1.a	<i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen</i>
5	Bundesanstalt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
5.1.b	<i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</i>
6	Westnetz GmbH
6.1.a	<i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</i>
9	Unitymedia NRW GmbH
9.1.b	<i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen</i>
10	Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen, Regionalniederlassung Vile-Eifel
10.1.b	<i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen</i>
12	Bezirksregierung Arnsberg – Abteilung 6 – Bergbau und Energie in NRW
12.1.a	<i>Die Stellungnahme wird berücksichtigt</i>
12.1.c	<i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen</i>
13	StädteRegion Aachen
13.1.b	<i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen</i>
13.1.c	<i>Die Stellungnahme wird berücksichtigt</i>
14	NABU – Kreisverband Aachen-Land
14.1.a	<i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen</i>
16	Regionetz GmbH
16.1.b	<i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen</i>
16.1.c	<i>Die Stellungnahme wird berücksichtigt</i>

Öffentlichkeit

Es sind keine Stellungnahmen eingegangen

- b) über die während der Offenlage gem. §§ 3 II und 4 II BauGB eingegangenen Stellungnahmen auf Grundlage des der Vorlage beigefügten Abwägungsvorschlages wie folgt:

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange

2	Landschaftsverband Rheinland – Dezernat Finanz- und Immobilienmanagement
2.2.b	<i>Der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen</i>
3	Polizeipräsidium Aachen – Direktion Verkehr
3.2.a	<i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen</i>
5	Bundesanstalt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
5.2.a	<i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</i>
5.2.b	<i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</i>
9	Unitymedia NRW GmbH

- 9.2.a** Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen
10 **Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen, Regionalniederlassung Vile-Eifel**
- 10.2.b** Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen
13 **StädteRegion Aachen**
- 13.2.b** Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen
16 **Regionetz GmbH**
- 16.2.b** Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen
16.2.c Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen
17 **Bezirksregierung Köln – Dezernat 33 – Ländliche Entwicklung und Bodenordnung**
- 17.1.b** Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen
18 **Forstdirektion Malmédy – Attaché Natura 200**
- 18.1.a** Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen

Öffentlichkeit

Es sind keine Stellungnahmen eingegangen

- c) die 77. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Monschau „Aufhebung der Windkraftkonzentrationszone Höfen Brath“

- 6. Bauantrag zur Legalisierung eines Gewerbekältecontainers**
hier: **Zulassung einer Ausnahme von der Veränderungssperre vom 28.06.2016 für den künftigen Geltungsbereich des Bebauungsplanes Imgenbroich Nr. 4, 4. Änderung „Real-Markt“ gem. § 14 (2) BauGB**

Einstimmig beschloss der Rat, eine Ausnahme von der Veränderungssperre für den künftigen Geltungsbereich des Bebauungsplan Imgenbroich Nr. 4, 4. Änderung „Real-Markt“ bezüglich der Legalisierung eines Gewerbekältecontainers gem. § 14 (2) BauGB und § 3 der Satzung zuzulassen und Einvernehmen nach § 36 BauGB zum Bauantrag zu erteilen.

- 7. 5. Änderung des Bebauungsplanes Imgenbroich Nr. 4 “Erweiterung Gewerbegebiet”;**
hier: a) **Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden gem. §§ 3 II und 4 II BauGB**
b) **Satzungsbeschluss gem. § 10 I BauGB**
c) **78. Änderung des Flächennutzungsplanes (Berichtigung nach § 13 a BauGB)**

Ortsvorsteher Weber warnte vor möglichen Lärmbelastigungen für die angrenzende Wohnbebauung. Bürgermeisterin Ritter versicherte, dies werde im Baugenehmigungsverfahren geprüft.

Sodann beschloss der Rat **einstimmig**

- a) über die während der Offenlage gem. §§ 3 II und 4 II BauGB eingegangenen Stellungnahmen auf Grundlage des der Vorlage beigefügten Abwägungsvorschlages wie folgt:

A. Behörden und Träger öffentlicher Belange

- 2 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr**
Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5 LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und ein Hinweis im Bebauungsplan ergänzt

6 Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt

8 Geologischer Dienst NRW

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und ein Hinweis im Bebauungsplan ergänzt

11 Städteregion Aachen

Allgemeiner Gewässerschutz

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen

Immissionsschutz

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt

Natur und Landschaft

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen

B. Öffentlichkeit

Es sind keine Stellungnahmen eingegangen

- b) die 5. Änderung des Bebauungsplanes Imgenbroich Nr. 4 „Erweiterung Gewerbegebiet“ gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.
- c) gem. § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB den Flächennutzungsplan im Wege der Berichtigung anzupassen. Grundlage der Berichtigung ist die 5. Änderung des Bebauungsplanes Imgenbroich Nr. 4 „Erweiterung Gewerbegebiet“

**8. Grundsatzbeschluss zur Verwendung der der Stadt Monschau zugewiesenen Mittel nach dem KInvFG;
hier: Weiterleitung der Zuwendung zur Beschaffung eines dritten Net-Liners**

Für die CDU-Fraktion betonte Stadtverordneter Kreitz insbesondere den Mehrwert für die Bürger. Auch Stadtverordneter Krickel sah eine Stärkung des Systems und damit des ÖPNV. Dagegen sah Stadtverordneter Mathar für die SPD-Fraktion in der Weiterleitung der Zuwendung eine versteckte Investition, um das System zu finanzieren bei einem immer noch nicht mit belastbaren Zahlen nachgewiesenen Erfolg.

Bürgermeisterin Ritter versprach, entsprechendes Zahlenmaterial nachzureichen und erläuterte ausführlich die Notwendigkeit des dritten Netliners, um das System zu stärken. Die Nutzung durch immer mehr Pendler führe dazu, dass für weitere Gäste kein Platz sei.

Sodann beschloss der Rat **bei 4 Enthaltungen einstimmig:**

Der Rat stimmt zu, die der Stadt Monschau aus dem KInvFG zustehenden Mittel in Höhe von bis zu 105.075 € zzgl. des 10-%-igen Eigenanteils, mithin insgesamt bis zu 116.750 €, vorbehaltlich der abschließenden Prüfung durch die Bewilligungsbehörde zur Beschaffung eines weiteren Netliners an den Linienkonzessionär für den ÖPNV weiterzuleiten.

Die damit im Vergleich zur Haushaltsplanung 2017 verbundene außerplanmäßige Auszahlung wird genehmigt. Zur Deckung stehen die Entwässerung der Walter-Scheibler-Straße und die Kanalnetzerweiterung lt. ABK zur Verfügung, da bei beiden Maßnahmen allenfalls mit einer Teilinanspruchnahme der Auszahlungsansätze von 180.000 bzw. 210.000 € zu rechnen ist.

**9. Verkauf eines dreiprozentigen Stammkapitalanteils an einer mittelbaren Beteiligung;
hier: vote iT GmbH**

Der Rat beschloss **einstimmig:**

Der Rat stimmt der Veräußerung von 3% des Stammkapitals der vote iT GmbH durch die regio iT an die KDO Service GmbH des Zweckverbands Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) zu den im Sachverhalt geschilderten Bedingungen zu.

10. Festsetzung eines verkaufsoffenen Sonntages am 17.09.2017 (Wirtschaftstag) im Stadtteil Imgenbroich **hier: Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung**

Als AMU-Vorsitzender erklärte Herr Krickel, dass nach seiner Auffassung nun alle Auflagen der Gewerkschaft und der Gerichte erfüllt seien. Der Wirtschaftstag werde aber auch für den unwahrscheinlichen Fall einer Untersagung der Sonntagsöffnung durchgeführt.

Einstimmig beschloss der Rat sodann die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung eines verkaufsoffenen Sonntags am 17.09.2017 (Wirtschaftstag).

11. Kostenbeteiligung am Weihnachtsmarkt

Bürgermeister Ritter verwies auf die ergänzende Beschlussvorlage. Die Höhe der Zusicherungen aus den Partnerschaftserklärungen belaufe sich zur Zeit auf 20.290 €.

Sodann beschloss der Rat **bei 1 Nein-Stimme:**

Der Rat beschließt, in Anerkennung des privatwirtschaftlichen Engagements im Zeitraum 2017-19 die Kosten der Qualitätsverbesserung und zusätzlicher Sicherheitsaufwendungen für den Weihnachtsmarkt bis zur Höhe der Zusicherungen aus den „Partnerschaftserklärungen“ durch die Stadt Monschau zu übernehmen.

Über die Ausdehnung des Weihnachtsmarktes auf Donnerstag oder ein generelles 5. Weihnachtswochenende ab dem Jahr 2018 soll im Wirtschaftsausschuss am 26. September beraten werden.

12. 1. Änderung der Benutzungs- und Entgeltsatzung für die Offenen Ganztagschulen der Stadt Monschau im Primarbereich

Nach kurzen Wortbeiträgen der Stadtverordneten Kreitz und Olschewski beschloss der Rat **einstimmig** die 1. Änderung der Benutzungs- und Entgeltsatzung für die Offenen Ganztagschulen der Stadt Monschau im Primarbereich (OGS-Satzung).

13. 1. Änderung der Benutzungs- und Entgeltsatzung für die Vor- und Übermittagsbetreuung im Primarbereich

Einstimmig beschloss der Rat die 1. Änderung der Benutzungs- und Entgeltsatzung für die Vor- und Übermittagsbetreuung im Primarbereich.

14. Anfragen der Ratsmitglieder

14.1 Anfrage des Stadtverordneten Steffens zum B.plan Feuerbach

Ortsvorsteher Steffens bat um Mitteilung, ob das Projekt aufgrund der ablehnenden Haltung der Bezirksregierung Köln nun langfristig nicht verwirklicht werden könne. Bürgermeisterin Ritter versicherte, man werde die Baulanderschließung im dortigen Bereich so schnell wie möglich vorantreiben.

15. Mitteilungen der Verwaltung

15.1 Rückzahlung der Rückstellung des Landschaftsverbandes Rheinland; hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 15.03.2017

Der Rat nahm die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

15.2 Stärkungspakt Stadtfinanzen; hier: Umsetzungsbericht zum 15.04.2017

Stadtverordneter Palm begrüßte den Zeitplan für die Jahresabschlüsse. Seine positive Einschätzung für den Abschluss 2017 teilte Kämmerer Boden nicht. Auch wenn der Zeitpunkt noch zu früh sei, rechne er nicht mit einem so guten Abschluss wie in 2015 und 2016.

15.3 Abwicklung der für 2017 eingeplanten Investitionen

Stadtverordneter Palm bat um Prüfung, ob für 2017 geplante Investitionsmittel „umgewidmet“ werden können, sofern die Realisierung einzelner Maßnahmen in 2017 nicht möglich sei. Bürgermeisterin Ritter regte an, entsprechende Anträge zum Haushalt mit konkreter Benennung der Alternativmaßnahmen zu stellen.

15.4 Baugenehmigung für den Bau des Kindergartens Konzen

Bürgermeisterin Ritter informierte über den Eingang der Baugenehmigung für den Kindergarten Konzen. Die Ausschreibung erfolge noch im Laufe des Sommers.

15.5 Endausbau Am Handwerkerzentrum / An der Höckerlinie

Bürgermeisterin Ritter informierte über die am Sitzungstag veröffentlichte Ausschreibung.